

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 63 (1984)
Heft: 4

Artikel: Nationalratswahlen 1983 : ein Ausschnitt : SP Graubünden tanzt aus der Reihe
Autor: Hämmerle, Andrea
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340118>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Vorstellungen. Geistig geht es auf die alten, vor mehr als hundert Jahren entwickelten Themen von Marx zurück, wie sie sich bereits Anfang der dreissiger Jahre im Postulat der schweizerischen Linken nach Bankenverstaatlichung äusser-te... Wie ein Findling aus alten Zeiten ragt die Initiative in die Gegenwart hinein.»

Frage: Was halten Sie von der Bankenmacht?

Gut: «Nichts deutet darauf hin, dass die Banken in unserem Lande übermässige Macht besitzen. Hinter den Gewerkschaften, der Landwirtschaft, dem Gewerbe oder Industrie stehen sie im politischen Leben macht-mässig zurück.»

Frage: Was halten Sie von den Forderungen nach vermehrter Publizität der Banken (wie stille Reserven, Publikation der zugehörigen Finanzgesellschaften)?

Gut: «In unserer Zeit, von Kulturhistorikern als Epoche der

Geschwätzigkeit bezeichnet, ist diesem Begehren eine gewisse Popularität sicher... Eine übertriebene Publizität über diese Dinge ist im Bankwesen gefährlich.»

Niklaus Senn, Generaldirektor der Schweizerischen Bankgesellschaft zur Dividendenerhöhung seines Institutes:

«70 000 zufriedene Aktionäre sind mehr wert, als ein paar erzürnte Sozialisten.»

Frage: Wie ist es mit der von der Initiative anvisierten Steuerhinterziehung?

Gut: «Für das Bestehen eines besonderen Defraudationsproblems in unserem Lande bleiben sie aber bisher jeden Beweis schuldig.»

Frage: Was sind Ihre politischen Schlussfolgerungen?

Gut: «Es geht bei dieser Initiative nicht um parteipolitisches

Gezänk, sondern um Sachfragen von schicksalshafter Bedeutung, nicht nur für die Banken, sondern für die Zukunft der schweizerischen Wirtschaft und der freiheitlichen Ordnung unseres Staates.»

Eine Nachbemerkung

Die Zitate sind alle original aus der Broschüre von Rainer E. Gut, Präsident der SKA, entnommen. Aus sicherer Quelle wissen wir, dass der Autor Rainer E. Gut gar nicht Autor ist, sondern diese Broschüre von Mitarbeitern und Werbefachleuten schreiben liess. Der SKA-Präsident hat dafür lediglich seinen Namen ausgeliehen. Gewissermassen als Siegel für die Qualität der Argumente. Wer aber in der Politik solchen Nonsense von sich gibt, der soll sich nicht wundern, wenn man ihm auch im Geschäftsleben die Redlichkeit nicht mehr ganz zubilligen mag...

Nationalratswahlen 1983: Ein Ausschnitt

SP Graubünden tanzt aus der Reihe

Von Andrea Hämmerle

Sozialdemokraten sind an Niederlagen besser gewöhnt als an Siege. Unsere Wahlanalysen geraten deshalb immer wieder zu Erklärungsversuchen für Niederlagen. Warum hat's wieder nicht geklappt? Warum gehen die Leute, die uns eigentlich wählen sollten, nicht zur Urne?

Warum gelingt es uns immer noch nicht, unsere Politik verständlich zu machen?

Die Bündner Sozialdemokraten haben's da im Spätherbst 1983 besser. Wir müssen nicht zerknirscht eine Niederlage verdauen. Wir müssen uns auch nicht über das langjährige geringfügige Auf und Ab der Prozentpunkte langweilen. Man kann es drehen und wenden, wie man will: Wir haben einen grossen Sieg errungen. Aber auch über Siege lohnt es sich nachzudenken.

Der Sieg in Zahlen

Die folgenden Statistiken lügen nicht, und sie sind auch nicht langweilig. Sie zeigen ein paar Stationen und Vergleiche auf dem Weg zum roten (?) Graubünden (immer Prozentzahlen Nationalratswahlen). Zunächst die Entwicklung der Bündner Parteien seit 1967.

Jahr	CVP	SVP	FDP	SP
	%	%	%	%
1967	40,0	33,3	15,0	11,3
1971	37,6	33,8	14,8	13,8
1975	35,5	27,0	18,2	15,3
1979	35,4	21,6	22,9	20,4
1983	33,3	21,9	20,1	24,6
	- 6,7	- 11,4	+ 5,1	+ 13,3

Als zweites interessiert der Zahlenvergleich zwischen der SP Graubünden und ihren grossen Brüdern und Schwestern in der übrigen Schweiz.

Jahr	SPS	SPZH	SPSG	SPGR
1967	23,5	22,2	16,8	11,3
1971	22,9	20,9	14,6	13,9
1975	24,9	23,9	15,1	15,2
1979	24,4	26,5	18,0	20,5
1983	22,8	23,0	16,3	24,5
	- 0,7	+ 0,8	- 0,5	+ 13,3

Genug der Zahlen. Die Fakten sind klar: In Graubünden ist die SP jetzt zweitstärkste Partei hinter der krebssenden CVP. Und innerhalb der SPS ist die SP Graubünden in den letzten Jahren vom verschupften Bergmeitli zur aufstrebenden Musterschülerin avanciert. Keine andere Kantonalpartei hat einen vergleichbaren Sprung nach vorn geschafft. Wie ist das zu erklären?

Martin Bundi — ein überzeugender Kandidat

Die Bündner haben in erster Linie Martin Bundi gewählt und nicht die SP. Das ist die meistgehörte Erklärung. Dieser Deutungsversuch ist vor allem bei CVP und SVP beliebt, auf deren Kosten der SP-Vormarsch erfolgte. Damit können sie auf bessere Zeiten hoffen, ohne weitere Überlegungen anzustellen. Wenn der Martin Bundi einmal nicht mehr kandidiert, wird alles wieder wie früher. So hoffen sie.

In der Tat: Martin Bundi ist ein überzeugender Spitzenkandidat, der wegen seiner persönlichen Integrität und seines glaubwürdigen Engagements weit über die SP hinaus Stimmen macht. Aber das ist nicht die ganze Wahrheit. Martin Bundi ist auch ein überzeugter Sozialdemokrat. Es gibt kaum eine politische Frage, in der seine Meinung anders ist als die der SP Graubünden. Mehr noch: Martin Bundi hat mehr als einmal umstrittene Vorstösse unternommen. Erinnert sei hier nur an die Bodenrechtsfrage. Martin Bundi hat im Wahljahr 1983 einen Verfassungsartikel gefordert, mit dem die Auswüchse der Eigentumskonzentration bekämpft werden sollten. In einer äusserst gehässigen Kampagne versuchte das Bürgertum, Martin Bundi zu unterschieben, er wolle den Boden verstaatlichen, er wolle «unsere bewährte Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung verändern». In Kenntnis von solchen Ungeheuerlichkeiten hat das Bündner Volk Martin Bundi mit der höchsten Stimmenzahl aller Kandidaten wieder nach Bern entsandt. Es wird dereinst sicher schwierig sein, Martin Bundi gleichwertig zu ersetzen. Doch dieses Problem ist nicht einzigartig, jede Partei kennt es. Sicher ist der Versuch, Martin Bundi von der SP Graubünden wegzudividieren, nicht tauglich als Erklärung für unseren Wahlsieg.

Klare Linie — keine Macht

Es liegt also sicher nicht (nur) am Spitzenkandidaten. Wesentlicher ist wohl die Rolle der SP Graubünden und ihre Politik. Da fällt zweierlei auf:

1. Die SP Graubünden ist eine Partei (fast) ohne Macht. Sozialdemokratische Kantonalparteien mit mehr als 20 Prozent Wähleranteil sind in der

Regel Regierungsparteien, in den Kantonsparlamenten sind sie etwa entsprechend ihrer Wählerstärke vertreten, ebenso in den wichtigen Gerichten, Kommissionen und sonstigen Räten. Das gilt natürlich auch für den Bund. Die SP ist im Machtkartell dabei. Insoweit also eine Partei fast wie alle anderen. Anders die SP Graubünden: Sie ist nach wie vor überall krass untervertreten oder gar nicht dabei. Sie ist heute in dieser Hinsicht nicht weiter als zu ihrer 11-Prozent-Zeit.

Gremium	Sitze	SP-Vertreter	
		absolut in %	
Grosser Rat	120	9	7,5
Regierung	5	0	0
Kantonsgericht	12	1	8,3
Verwaltungsgericht	11	1	9,1
Bankrat			
Kantonalbank	11	0	0

Diese Untervertretung der SP ist natürlich nicht einer wohlüberlegten SP-Strategie zu verdanken. Im Gegenteil: Die Anläufe für einen gerechteren Anteil am Kuchen der Macht sind kaum noch zu zählen. Aber den bürgerlichen Parteien gelingt es dank Majorzwahlrecht und konsequent eingehaltenen Absprachen, die SP fast überall draussen zu halten. In den Behörden sind sie unter sich, dort können sie schalten und walten, wie es ihnen beliebt. Ihre Politik wird von der SP nicht mitgestaltet und auch nicht mitverantwortet.

2. In wichtigen Volksabstimmungen ist die SP Graubünden Siegerin.

Auch wenn die SP in Ämtern und Behörden hoffnungslos untervertreten ist, kann sie in wichtigen Volksabstimmungen nicht selten grosse Siege feiern. Die folgenden drei Beispiele sollen dies verdeutlichen.

Jahr	Vorlage	Grosser Rat	SP-Parole	Volksabstimmung
1980	Kredit für olympische Spiele 1988	95 Ja : 14 Nein	Nein (volkswirtschaftlich und ökologisch verfehlt)	11 300 Ja 37 400 Nein
1982	Schulgesetz	81 Ja : 2 Nein	Nein (ein Schritt zurück, viele Vorschriften, keine Reformen)	12 600 Ja 14 800 Nein
1982	Energiegesetz	83 Ja : 7 Nein	Nein (ein Alibi-gesetz ohne Zähne)	8 900 Ja 10 400 Nein

Zugegeben, es ist immer leichter, eine Vorlage zu Fall zu bringen, als ein Ja zu erreichen. Aber es handelte sich ohne Ausnahme um Vorlagen, die den bürgerlichen Parteien und der Regierung wichtig waren, für die sie sich einsetzten. Vorlagen auch, die auf den ersten Blick als populär zu verkaufen waren. Dies gilt ganz besonders für den 10-Millionen-Kredit zur Durchführung von olympischen Spielen in Graubünden.

Die Bündner Wirtschaft ist zu 50% vom Tourismus abhängig, Heini Hemmi und Leon Schlumpf rühren die Trommel für ein Ja, der Weltcup in Lake Placid ist in aller Munde, das Volk vergöttert die Skistars... Und trotzdem hören mehr Leute auf die kritischen Argumente von Umweltschützern und Sozialdemokraten.

Was heisst das alles für den Wähler? Er weiss, dass die SP eine nichtverfilzte Oppositionspartei ist, mit ziemlich klaren politischen Vorstellungen. Er weiss auch, dass diese Partei ihre Ziele (noch) nicht realisieren kann, dass sie aber fähig ist, via Volksabstimmung allzu krasse Fehlentwicklungen zu verhindern. Bei jeder Nationalratswahl münzt sich dieses Wissen

der Wähler um in ein paar Prozente mehr Wähleranteil.

Wie weiter?

Welche Politik soll die SP Graubünden weiterverfolgen nach ihrem grossen Sieg? Die Antwort scheint einfach: nur so weiterfahren wie bisher, dann ist der Erfolg sicher. Einfacher gesagt als getan. Einmal ist es leichter, von 11 auf 25 Prozent zu kommen als von 25 auf 50. Zum ändern liegt die Versuchung nahe, von jetzt an bei jeder Gelegenheit auf die 25 Prozent hinzuweisen und einen entsprechenden Anteil Sitze in der Regierung, im Parlament und in anderen Gremien zu fordern und zu erhalten — in der Hoffnung, wir hätten dann auch 25 Prozent der Macht, was doch nur gerecht wäre.

Alle Erfahrung lehrt, dass dies nicht stimmt. Auch wenn die SP in allen Behörden einen Viertel der Sitze halten würde, hätten wir nicht viel mehr zu sagen als heute. Denn wir wissen genau, dass die ändern Parteien gegen die SP zusammenhalten, auch wenn sie unter sich noch so zerstritten sind. Und die SP würde viel von ihrer Glaubwürdigkeit als Partei mit klaren Vorstellungen verlieren. Die SP

wäre eine von vier Parteien, eine von jenen, die ohnehin machen, was sie wollen. Der SP Graubünden könnte passieren, was schon mancher SP-Kantonalpartei passiert ist — und wovor auch die SPS nicht gefeit ist: Unsere stolzen 25 Prozent könnten langsam abbröckeln. Und wir würden uns immer verzweifelter an die paar wichtigen Sitze klammern. Und wir würden dabei vielleicht vergessen, dass wir ausgezogen sind, Graubünden zu verändern. Und die Wähler erst recht.

Wann beginnt die Macht?

Also ist es noch zu früh, die grosse Jagd nach den Sitzen in den Behörden anzutreten. Wir müssen bleiben, was wir sind: eine initiative Partei mit klaren Vorstellungen und Aussagen, die sich ihre Erfolge in zukunftsweisenden Volksabstimmungen holt — aber halt (noch) eine Partei ist ohne Macht. Die richtige Macht beginnt für uns wohl erst bei 50 Prozent. Denn Parteien, mit denen die SP sich verbünden könnte, gibt es in Graubünden nicht. Sitze in den Behörden sind erst dann wirklich sinnvoll, wenn wir dort unsere Vorstellungen in die Tat umsetzen.

Dies können wir erst, wenn es ohne uns nicht mehr geht. So verwegen es heute tönt: Wir sollen uns nicht für einen einzigen Sitz in einer pointiert bürgerlichen Regierung müde machen.

Nein, wir müssen auch in der Regierung die Mehrheit anstreben, zwei Sitze von fünf sind das Minimum.

So bleibt der SP Graubünden im Moment nichts anderes, als sich selber treu zu bleiben, denn wir wollen auch in vier und in acht Jahren Siege erklären und nicht Stillstand und Niederlagen.